

Antrag

**an die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 28. Mai 2021**

Maßnahmen zur Verbesserung der Lage von langzeitarbeitslosen Personen

Bedingt durch die Corona Krise hat die Anzahl der arbeitslosen Personen im Jahr 2020 eine erschreckend hohe Zahl erreicht. Derzeit sind über 430.000 Personen arbeitslos gemeldet, 236.000 Personen befinden sich in Kurzarbeit. 150.000 Personen gelten als Langzeitarbeitslos. In Tirol hat sich im Vergleich, zwischen den Monaten Dezember 2019 und Dezember 2020, die Arbeitslosenquote von 4,2% auf 10,1% erhöht. Besonders dramatisch war der Anstieg der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personen. In diesem Bereich war ein Plus von 106% zu verzeichnen. So ist nach den Zahlen des AMS Tirol die Zahl der länger als ein Jahr vorgemerkten Arbeitslosen um 983 Personen und die Zahl der 6 Monate oder länger Vorgemerkten um 4189 Personen angestiegen.

Ein nicht zu übersehender, mit der Arbeitslosigkeit ohnehin, aber gerade mit Langzeitarbeitslosigkeit einhergehender Effekt ist, neben dem erheblichen Einkommensverlust, die damit verbundenen Armutsgefährdung und auch eine vielfach zu beobachtender Verschlechterung des Gesundheitszustandes.

Die vom zuständigen Minister angekündigte Aktion „Sprungbrett“ soll bewirken, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen bis Ende 2022 um 50.000 Personen verringert wird. Dafür werden rund 300 Mio. Euro für Beratung, Betreuung und Training von Langzeitarbeitslosen, sowie Lohnzuschüsse an potentielle Dienstgeber eingeplant. So sehr diese Maßnahme, sowie jede Maßnahme im Sinne der betroffenen Personen, begrüßt wird, darf nicht übersehen werden, dass es zur Erarbeitung eines endgültigen Plans, eines Austausches zwischen den maßgeblichen Stakeholdern bedarf. Ob die angedachten Lösungen tatsächlich zum gewünschten Effekt führen, kann nicht abschließend beurteilt werden. Nach Ansicht der Arbeiterkammer Tirol bedarf es jedenfalls eines breiten Austausches hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zwischen der Regierung und den SozialpartnerInnen. Ziel muss es sein, dass nicht nur die Zahl der langzeitarbeitslosen Personen erheblich reduziert, sondern gleichzeitig auch ein Mehrangebot an Arbeitsstellen geschaffen wird, damit keine gegenseitige Verdrängung stattfindet. Diesbezüglich gehört der öffentliche Bereich, nicht nur die Privatwirtschaft, mit in die Verantwortung genommen. Zudem darf auch nicht übersehen werden, dass seitens der Arbeiterkammer bereits ein entsprechender Ansatz entwickelt wurde, mit dem für langzeitarbeitslose Personen sinnvolle Beschäftigungen geschaffen werden können.

Die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher den Bundesminister für Arbeit dazu auf, umgehend Gespräche mit den SozialpartnerInnen aufzunehmen, damit die bereits vorliegenden Vorschläge, zur Verbesserung der Situation der langzeitarbeitslosen Personen, eingearbeitet und auch hinsichtlich der Umsetzungsphase mittelfristig und langfristig angelegt und finanziert werden können.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "E. M. F. ...", with a long horizontal stroke extending to the right.